



2007/49 webredaktion

<https://shop.jungle.world/artikel/2007/49/nachrichten>

Nachrichten

<none>

Aus der Zelle ins Hotel

Putschversuche und Militärrebellionen sind auf den Philippinen nicht ungewöhnlich, mehr als ein Dutzend gab es seit dem Sturz des Regimes von Ferdinand Marcos im Jahr 1986. Als sich am Donnerstag vergangener Woche mehrere Dutzend Soldaten im Luxushotel Peninsula in der Hauptstadt Manila verschanzten, ging das Leben in den umliegenden Straßen des Geschäftsviertels Makati fast ungestört weiter. Anführer der Militärrebellion war Antonio Trillanes, der sich wegen eines Umsturzversuchs im Jahr 2003 vor Gericht verantworten muss. Im Frühjahr wurde er mit elf Millionen Stimmen in den Senat gewählt. Trillanes nutzte einen Gerichtstermin, um sich abzusetzen. Die Militärpolizei, die ihn und seine Mitangeklagten eigentlich bewachen sollte, war offenbar zu ihm übergelaufen. Die Gruppe marschierte zum Hotel und rief die Bevölkerung zum Sturz der Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo auf, der sie Korruption und Wahlbetrug vorwerfen. Der Aufruf blieb jedoch erfolglos, 1 500 regierungstreue Soldaten umstellten das Hotel. Als sie es nach Ablauf eines Ultimatums unter Einsatz von Tränengas stürmten, gaben die Meuterer auf.

Eine ernsthafte Bedrohung für Arroyo war die spektakuläre Aktion nicht. Seit den Wahlen vom Mai 2004 ist die Popularität der Präsidentin jedoch stark gesunken. Die meisten Philippinos leben weiterhin in Armut, und es gibt Beweise für die Manipulationsvorwürfe gegen sie. Eine Tonbandaufnahme gibt wieder, wie Arroyo einen Beamten der Wahlbehörde auffordert, ihr bei der Auszählung den erhofften Vorsprung von einer Million Stimmen zu sichern. Die Bemühungen, ein Amtsenthebungsverfahren in Gang zu bringen, blieben jedoch erfolglos. Die meisten Philippinos haben sich wohl mit Arroyos Präsidentschaft abgefunden, zumal Abenteurer wie Trillanes keine sehr attraktive Alternative sind. ak

Witz in Lohntüten

Löhne in Deutschland. Die Vorstandsmitglieder bei Porsche verdienten im vergangenen Jahr zusammen 112,7 Millionen Euro. Bundespräsident Horst Köhler warb für eine »Kultur der Mäßigung« und sagte: »Es macht mich fast schon zornig, wie beim Thema soziale Gerechtigkeit vor allem übers Geldverteilen geredet wird.« Die zentrale Aufgabe bleibe es, Arbeit zu schaffen. Im vergangenen Jahr waren die Nettolöhne so niedrig wie noch nie seit der Wiedervereinigung, ihr Anteil am Einkommen der privaten Haushalte liegt nur noch bei knapp über 40 Prozent. Als »völlig überzogen« bezeichnete Klaus-Dieter Hommel von der Bahngewerkschaft GDBA die

Lohnforderung der Lokführer. gs

Schatz, woher kommst du?

Großbritannien. Premierminister Gordon Brown hatte einen guten Start als gefeierter Krisenmanager im Kampf gegen Terror, Überschwemmungen und Tierseuchen. Doch nach fünf Monaten Amtszeit stolperte er von einer Krise in die nächste. Nach dem Skandal um das Verschwinden von zwei Daten-CDs ist Browns Labour Party nun mit einer Spendenaffäre konfrontiert. Jahrelang ließ sich die Partei von einem Bauunternehmer über Mittelsmänner unterstützen. Brown kündigte nun die Rückzahlung und eine Prüfung der Vorgänge an. Dass er als damaliger Schatzmeister der Partei von dem Geld keine Kenntnis gehabt haben will, klingt allerdings unwahrscheinlich. ak

General ohne Soldaten

Sudan. Eigentlich sollen am 1. Januar 2008 in Darfur 26 000 Soldaten der Unamid, einer gemeinsamen Truppe der Uno und der Afrikanischen Union, bereitstehen, um mit einem erweiterten Mandat und 24 Hubschraubern ausgestattet die Zivilbevölkerung zu schützen. Wie wichtig der »internationalen Gemeinschaft« die Mission tatsächlich ist, erläuterte am Sonntag General Martin Agwai, der Kommandant der Truppe. Bislang mag keine Regierung auch nur einen Hubschrauber zur Verfügung stellen, Agwai wird sich vorläufig mit 9000 Soldaten begnügen müssen. Zudem weigert sich die sudanesishe Regierung, einige der bereits zugesagten Truppenkontingente zu akzeptieren. js

Schule verblödet

15 000 Schüler protestierten am Freitag voriger Woche in Amsterdam gegen eine geplante Unterrichtsreform. Wie bereits zu Anfang der Woche, als das Schülerkomitee Laks landesweite Demonstrationen organisierte, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die Wasserwerfer einsetzte, mit Reiterstaffeln die Demonstranten angriff und 20 Schüler festnahm. Hintergrund für die Proteste sind die Pläne der Regierung, nach denen die Schüler insgesamt 1 040 Pflichtstunden im Jahr und damit 26 Stunden pro Woche mehr als bisher in der Schule verbringen sollen, ohne dass dafür mehr qualifizierte Lehrer eingestellt werden. In Zeiten, in denen allerorten mit der Pisa-Studie argumentiert wird und die Schulen einem strengen Kosten-Nutzen-Management unterworfen werden, soll auf diese Weise die Schulbildung verbessert werden. Doch die Schüler wollen sich nicht für dumm verkaufen lassen. Sie glauben nicht an eine Qualitätssteigerung durch ein Absitzen von mehr Stunden. Vielmehr sollten die Lehrer erstmal nachsitzen. Aktuelle Studien zeigen, dass zwölf Prozent der niederländischen Lehrer mangelhafte Kenntnisse der Mathematik und der niederländischen Sprache haben. ak